

Herausforderungen und zukünftige Arbeitsfelder

Nach Einblicken in die Produktbereiche und die bis dato erarbeiteten Geschäftsfelder des Amtes sollen über das bisher Geleistete hinaus noch einige Überlegungen zu den potenziellen Arbeitsfeldern des Amtes angestellt werden, wobei weniger das „Wünschbare“ als vielmehr strukturelle Erfordernisse und Zusammenhänge im Vordergrund stehen.

Herausforderungen und Anforderungen an eine zukunftsfähige Stadt lassen sich - grobskizziert - auf drei verschiedenen Ebenen identifizieren:

- ▶ gesamtgesellschaftliche Entwicklung,
- ▶ kommunale Konstellation und
- ▶ administrative respektive amtspezifische Situation.

↳ Gesamtgesellschaftliche Ebene

Aus der Tatsache, dass sich der gesellschaftliche Strukturwandel immer rascher vollzieht und sich mit seinen Umbrüchen vor allem in den Städten manifestiert, erlangt die Verfolgung gesellschaftlicher Entwicklungen und Trends zunehmende Bedeutung. Bei der Verfolgung und Analyse der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse geht es zum einen um die Einschätzung des lokalen Stellenwertes und zum anderen um die möglichen Auswirkungen auf die städtischen Lebensbedingungen und -lagen der Bevölkerung.

wie wir
GEBURT LERNEN ARBEIT

leben werden
LIEBE WOHLSTAND POLITIK

unsere zuku
KRIEG UND KATASTROPHEN

beginnt jetzt
GLAUBEN DAS GANZE LEBEN

Epochenwende

Propyläen

Gewinnt der Westen die Zukunft

Der kommunalen Politik, verstanden als vorausschauendes Handeln für das Wohl von Bürger und Gemeinde, muss deshalb Wissen zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Kenntnissen können Problemlagen frühzeitig erkannt werden, wodurch wiederum Problemlösungs- oder Handlungsstrategien rechtzeitig diskutiert und erarbeitet werden können.

Der Stadtforschung kommt mit dieser Aufgabe eine gewisse Früherkennungs- und vielleicht auch eine Frühwarnfunktion zu.

Mit der Bereitstellung von Wissen über gesellschaftliche Entwicklungen und Trends und ihren potenziellen lokalen Auswirkungen lässt sich die Aufgabe auch als ► **strategische Steuerungsunterstützung** verstehen. Der Ausbau dieses Arbeitsfeldes enthält erhebliche entwicklungsfähige Potenziale für die Stadtforschung.

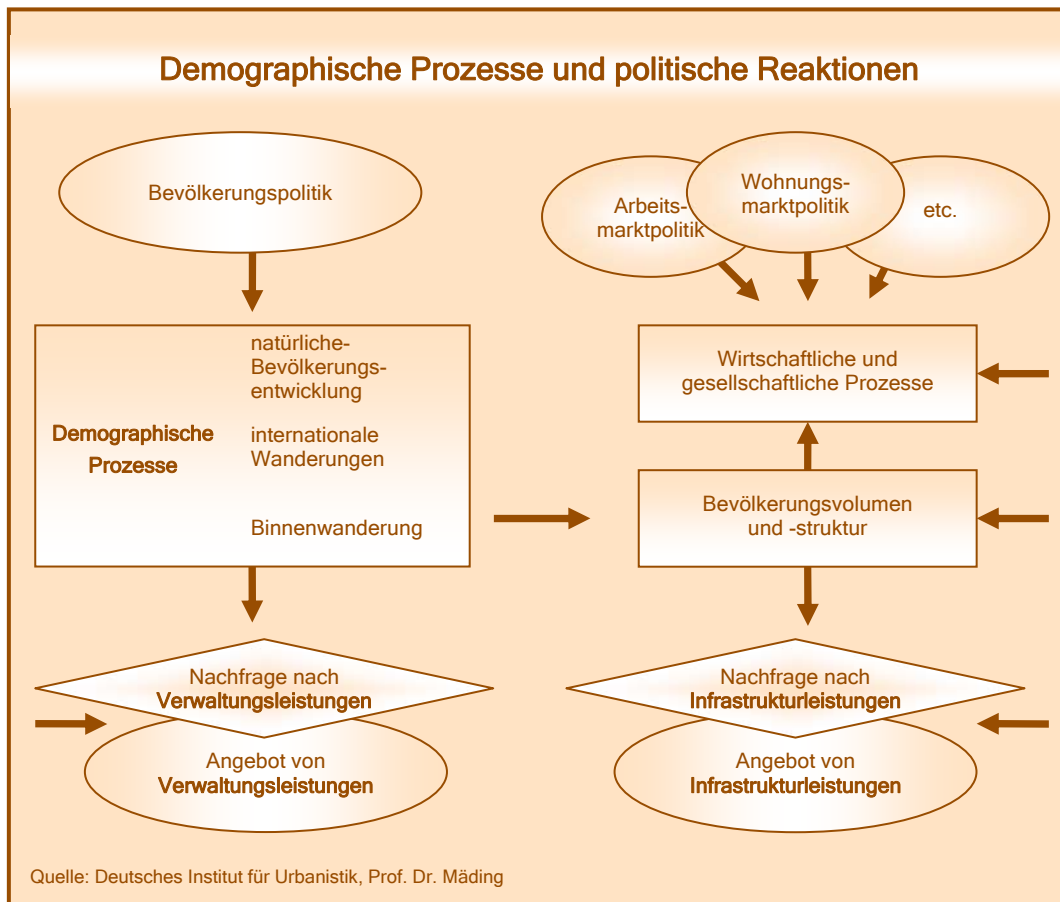
Strategische Steuerungsunterstützung

Auf der Agenda stehen Fragen wie ...

- Welche gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zeichnen sich ab?
- Welche Veränderungen und Umbrüche sind zu erwarten?
- Wie wirken oder wie könnten sich diese Veränderungen auf Wiesbaden auswirken?
- Was sind die Stärken und Schwächen der Landeshauptstadt?
- Wie positioniert sich Wiesbaden in der Region?
- Wie schneidet Wiesbaden im Städtevergleich ab?
- Gibt es Tendenzen zunehmender sozialer Ungleichheit in der Stadt?
- Wo steht Wiesbaden? (Lagebericht zur Stadtentwicklung)

Neben den Trends der Globalisierung der Wirtschaft, der interkulturellen Lebenswelten oder der Bildungskrise zählt der ► **demographische Wandel** zu den großen Herausforderungen für Kommune und Kommunalpolitik. Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass der demographische Wandel als eine der zentralen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung zu charakterisieren ist, weil er nahezu alle Felder der kommunalen Politik (meist intensiv) berührt.

Sektorale Ansätze und Strategien helfen hier nicht mehr weiter. Eine Art ► **integrierende Stadtentwicklungsplanung** ist notwendig, um die unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und teilsräumlichen Aspekte des demographischen Wandels zusammenzuführen. Es ist das Ziel, die Vielfalt der Anstrengungen zu einer konsistenten kommunalen Strategie zu bündeln, die auch die ökonomischen Trends der Globalisierung und Tertiärisierung berücksichtigen muss.

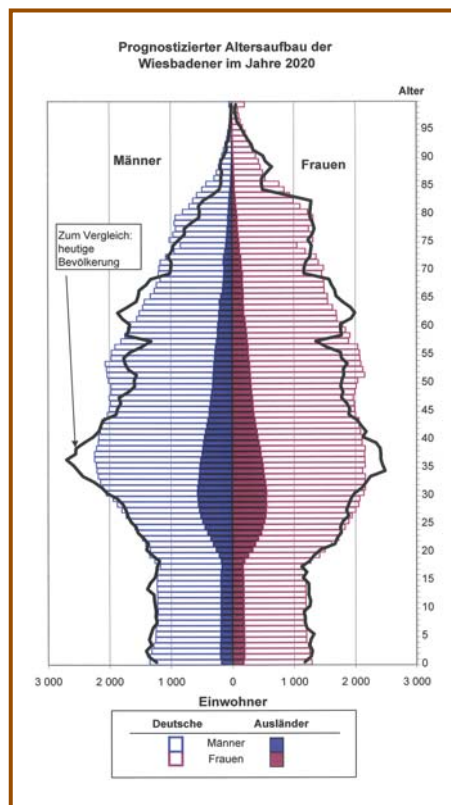


Bei den knappen kommunalen Ressourcen kann nur so eine effektive Prioritäten-
setzung auch für zukunftsfähige und demographieresistente Ziele und Projekte
der Stadtentwicklung gewährleistet werden.

Da das Thema ► **Demographie** keine sektorale Abkapselung verträgt, ist eine
eindeutig administrative Verortung dieser Querschnittsaufgabe im Querschnitts-
bereich Statistik und Stadtforschung durchaus sinnvoll und mit der Entwicklung
eines integrierten Handlungskonzeptes zum demographischen Wandel ein weite-
res strategisches Geschäftsfeld des Amtes eröffnet.

Bereits seit einigen Jahren stellen gewisse Teilbereiche des demographischen Wandels ein Arbeitsfeld des Amtes dar. So wurde/n ...

- ▶ Vorausberechnungen zur ...
 - gesamtstädtischen Bevölkerungsentwicklung und zur
 - zukünftigen Haushaltsstruktur angestellt.
- ▶ Thesen zu den Folgen des demographischen Wandels in den verschiedenen städtischen Daseinsbereichen entwickelt und „Discussion Papers“ erstellt.
- ▶ die (zukünftige) Lebenslage älterer Menschen analysiert.
- ▶ den regionalen Wanderungsverflechtungen als eine politische Einflussgröße im Rahmen demographischer Prozesse nachgegangen, wobei die Suburbanisierungsverläufe im Vordergrund standen.
- ▶ ein Monitoring zum demographischen Wandel in Wiesbaden erarbeitet um - vor dem vermeintlich geringen demographischen Problemdruck Wiesbadens - Verwaltung und Politik zu sensibilisieren.



Diese Teilbeiträge zum demographischen Wandel werden fortgeführt und vertieft, wobei die „prognostischen“ demographischen Ansätze in regelmäßigen Abständen an der realen Entwicklung abzugleichen sind und in die neuen Vorausberechnungen Eingang finden werden. Damit soll auch der Demographietypus Wiesbadens geschärft werden. Nach den bisherigen Erkenntnissen gehen für eine Stadt wie Wiesbaden die größeren Herausforderungen von der Heterogenisierung als von der Alterung aus.

↳ Kommunale Ebene

Herausforderungen, die sich direkt an die kommunale Selbstverwaltung richten, sind mit **zwei widersprüchlichen Modernisierungstrends** beschrieben:

- ▶ einem **Partizipationstrend** und
- ▶ einem **Ökonomisierungstrend**.

Der Veränderungsdruck, der sich mit dem ▶ **Modernisierungsstrang Partizipation** verbinden lässt, führte auf kommunaler Ebene zu den unterschiedlichsten Formen und Inhalten bürgerschaftlicher Einflussnahme auf politische wie administrative Entscheidungsprozesse.

Neben direktdemokratischen institutionalisierten Beteiligungsformen (wie die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid oder die Direktwahl hauptamtlicher Bürgermeister) traten verstärkt kooperative Demokratieelemente (beispielsweise Mitwirkung von Teilen der Bevölkerung an der Erarbeitung eines städtischen Leitbildes oder Initiativen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements). Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung erfolgte eine stärkere Bürgerorientierung. Der Bürger wurde als „Kunde“ entdeckt.

Diese kommunalen Umstrukturierungsprozesse fanden ihren Niederschlag in den Themenfeldern des Amtes und natürlich auch im Geschäftsfeld ▶ **Wahlen**. Dem entsprechend sind für Politik und Verwaltung u. a. erarbeitet worden:

- ▶ ein Handbuch über Methoden, Instrumente und Verfahren der Bürgerbeteiligung,
- ▶ eine Studie Bereiche und Formen bürgerschaftlichen Engagements,
- ▶ ein Kriterienkatalog, was eine „bürgerorientierte“ und „bürgerfreundliche“ Administration ausmacht,
- ▶ Ergebnisse zur Bürgerfreundlichkeit der Wiesbadener Stadtverwaltung und
- ▶ Studien zu Kundenzufriedenheit und Kundenwünschen verschiedener städtischer Verwaltungseinrichtungen und Veranstaltungen.



Viele dieser Orientierungs- und Entscheidungsgrundlagen basieren auf ▶ **kommunaler Umfrageforschung**, die als eine Methode der empirischen Sozialforschung verschiedene Zielsetzungen verfolgen kann. Neben der Ergänzung von sekundärstatistischem Grundlagenmaterial steht die Dauerbeobachtung als Beitrag einer kontinuierlichen lokalen sozialgerichteten Berichterstattung im Vordergrund. Darüber hinaus kann kommunale Umfrageforschung auch eine Vermitt-

lungsfunktion der lokalen Bürgermeinung für den demokratischen Dialog einnehmen. Denn in der Erkundung des Bürgerwillens und der Bürgerkritik setzt die kommunale Umfrageforschung neue Dialogformen zwischen Bürgerschaft und Stadtakteuren in Gang. Mit der Meinungsvermittlung erfüllt die kommunale Umfrageforschung auch Aufgaben der Partizipation der Bürger an der Planung; und dies auf einer anderen Basis, als das bei Bürgerinitiativen oder anderen interessenbezogenen Einzel- oder Gruppenmeinungen gegeben ist. Die kommunale



Umfrageforschung bietet daher, im Gegensatz zu Bürgerinitiativen, die Gewähr, dass jeder Bürger im Prinzip die gleiche Chance hat, seine Meinung in den Kommunikationsprozess einzubringen. Denn die Repräsentativität der erhobenen Daten sichert, dass alle sozialen Gruppen entsprechend ihrer Stärke zu Wort kommen, sich also nicht die aktivsten Gruppierungen am stärksten Gehör verschaffen können. Aber nicht nur die Überrepräsentierung bestimmter Bevölkerungsgruppen bei der Artikulation ihrer Bedürfnisse und Präferenzen wird verhindert, die kommunale Umfrageforschung kann auch den Stummen in der Stadt zur Sprache verhelfen. Für die Politik sollte von Interesse sein, bei der Flut von (Einzel-)Meinungen, Wünschen und Erwartungen, die auf sie eindringen und unsystematisch und interessenbezogen sind, einen methodisch abgesicherten Überblick über die tatsächlich in der Bürgerschaft vorhandenen Erwartungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zu erhalten.

Im Kontext der Verwaltungsmodernisierung ist die Umfrageforschung Teil kommunaler Marktforschung, die den Bürger als Nutzer und Kunden von Verwaltungsleistungen und Angeboten begreift und deshalb Verwaltungsausgaben in den Mittelpunkt der Analyse stellt.

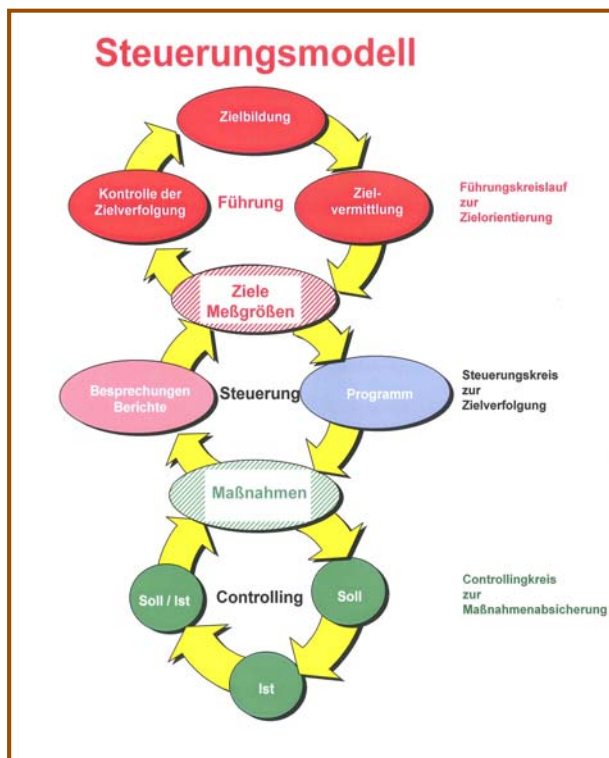
Im Kontext der Verwaltungsmodernisierung ist die Umfrageforschung Teil kommunaler Marktforschung, die den Bürger als Nutzer und Kunden von Verwaltungsleistungen und Angeboten begreift und deshalb Verwaltungsausgaben in den Mittelpunkt der Analyse stellt.

In Anbetracht der zunehmenden Städtekonkurrenz um Unternehmen, Einwohner und auch Touristen aufgrund von Globalisierung und demographischem Wandel wird sich das Geschäftsfeld ► **Umfrageforschung** sehr viel systematischer als bisher als kommunale Marktforschung gerieren, denn die Wünsche und Bedarfe einzelner **Zielgruppen** stehen im Vordergrund.

Die Notwendigkeit der Standortprofilierung insbesondere über „weiche“ Standortfaktoren lässt die Image- (Eigen und Fremd), aber auch die Wanderungsforschung wieder beleben. Und da die urbane Lebensqualität ein entscheidender Faktor im Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeitskräfte ist, ist auch eine Revitalisierung der **Umfrage zur Stadtentwicklung** sinnvoll. Sie stellt einen Umfrageansatz dar, der auf Anspruchshaltungen und Zukunftserwartungen der Bürger zielt und die städtischen Lebensbereiche und -bedingungen dem Urteil der Bevölke-

zung unterzieht. Ein zusätzliches Gewicht erhält dieser Untersuchungsansatz durch den demographischen Wandel, denn über kurz oder lang wird auch in Wiesbaden der Wettbewerb um die Einwohnerschaft beginnen. Ihre eigentliche Qualität erhalten solche Erhebungen, wenn sie in zeitlich regelmäßigen Abständen und querschnittsorientiert (Mehrthemenansatz) durchgeführt werden.

Insgesamt gesehen hat der Trend zur **Partizipation** für die kommunale Selbstverwaltung unterschiedliche Folgen hervorgebracht. Der Wandel der Problemlandschaft und die damit verbundenen Anforderungen werden u. a. auch einen Funktionswandel der Umfrageforschung mit sich bringen.



Der ► **Modernisierungsstrang** **Ökonomisierung** kommunaler Strukturen zeigt sich neben der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und dem (verstärkten) Aufkommen von **Public Private Partnership (PPP)** vor allem in der „Managerialisierung“ der Kommunalverwaltung. Damit ist das betriebswirtschaftliche Gedankengut, sind die Denk- und Managementverfahren der Unternehmensführung gemeint, die in den letzten Jahren verstärkt durch die Verwaltungsreform in die öffentliche Verwaltung Eingang fanden. Auch vor dem Hintergrund

der kommunalen Finanzkrise erschienen neue Ansätze für eine vorausschauende Stadtentwicklungspolitik erforderlich. Effektivität, Effizienz und insbesondere der Steuerungsgedanke traten in den Vordergrund. Von einem neuen Steuerungsmodell (NSM) war die Rede, bei dem Zielbildung und Zielvorgabe eine wesentliche Rolle spielen. Neben klarer Zielsetzung lassen sich Steuerungsabsichten aber nur auf einer fundierten Informationsgrundlage realisieren.

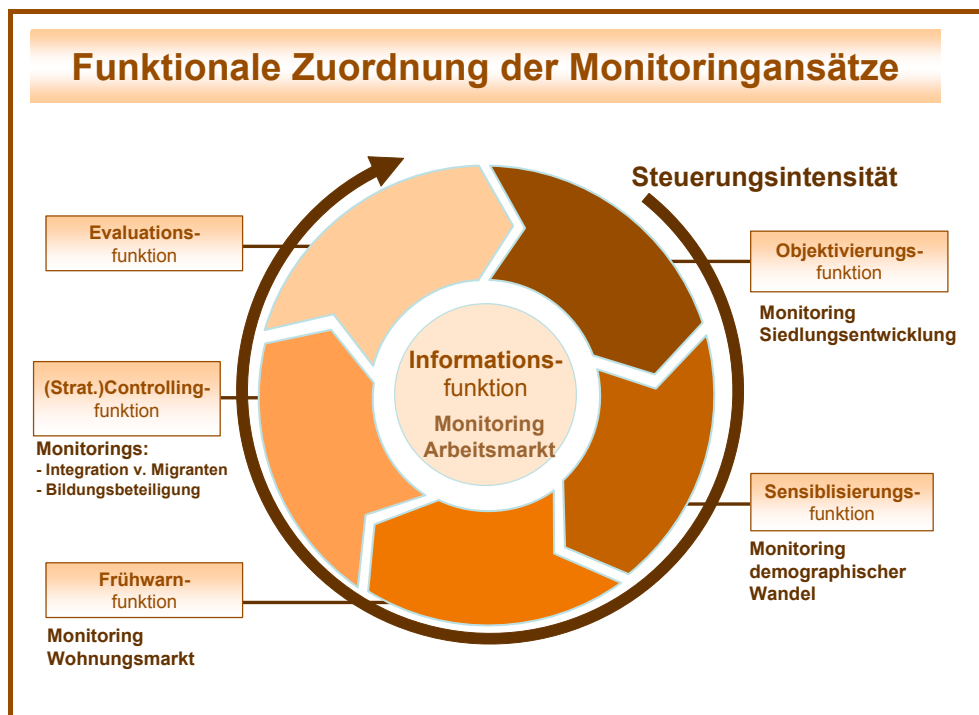
Die Stunde des Berichtswesens, der Beobachtung von Entwicklungen war gekommen und erlebt in Form von ► **Monitoringsystemen** eine Renaissance. Durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und -zuständen sollen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen begleitet und fundiert werden. Von diesem Steuerungsbestreben blieben auch die

Arbeiten und Aufgabenstellungen des Amtes nicht unberührt und fanden ihren Niederschlag in mehreren Monitoringansätzen. Aufgrund der Genese sind sie eher sektoral angelegt und thematisch breit gestreut.

Die bisher erarbeiteten Monitorings:

- ▶ zur sozialen Siedlungsentwicklung,
- ▶ zur Integration von Migranten,
- ▶ zum demographischen Wandel,
- ▶ zum Wohnungsmarkt,
- ▶ zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung und
- ▶ zur Bildungsbeteiligung

nehmen auch unterschiedliche Funktionen wahr.



Prinzipiell lassen sich beim Monitoring mehrere Schlüsselfunktionen unterscheiden:

- ▶ Informationsfunktion,
- ▶ Objektivierungsfunktion,
- ▶ Sensibilisierungsfunktion,
- ▶ Frühwarnfunktion,
- ▶ Controllingfunktion und
- ▶ Evaluationsfunktion.

Ein Monitoring ist damit eine „Vielzweckeinrichtung“, die unterschiedliche Funktionen erfüllen kann und dies macht auch den Bedeutungszuwachs dieser Berichtsmethode aus.

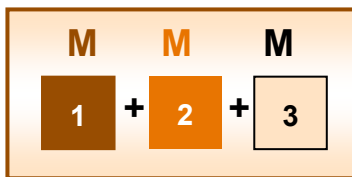
Mit Blick auf die Schlüsselfunktionen bzw. die Steuerungsintensität stehen die Monitoringansätze des Amtes eher am Anfang der Wirkungskette. Will man bei dieser Berichtsform bleiben - und einiges spricht dafür (die Anforderungen an die kommunalen Entscheidungsträger wachsen) - dann sind diese Weiterentwicklungen möglich:

- ▶ eine Ergänzung der sektoralen Monitoringansätze um **weitere Ansätze**,
- ▶ die Schaffung eines **Monitoringsystems** und
- ▶ eine Funktionserweiterung bzw. **Funktionsschärfung der Monitorings**.

Die in den drei Entwicklungslinien enthaltenen Potentiale und Schwachstellen sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

Eine **Ergänzung** der sektoralen Monitoringansätze heißt in diesem Fall:

Neben die bisher erarbeiteten Ansätze treten in „lockerem“ Verbund weitere the-



matematische Monitorings. Der Vorteil dieser Vorgehensweise liegt in der Möglichkeit, die spezifischen Informations- und Steuerungsbedürfnisse einzelner Akteure passgenau zu befriedigen. Monitoring nimmt damit den Charakter eines Werkzeugkastens an.

Ein Nachteil dieser Vorgehensweise könnte in der stark sektoralen Ausrichtung liegen und in der Überschneidung bestimmter Beobachtungsinhalte und damit in der Doppelerfassung von Indikatoren.

Ein ganzheitlicher Ansatz zur Schaffung eines ▶ **Monitoringsystems** wäre mit einem modularen Aufbau gegeben. Ein solches modulares System setzt sich aus

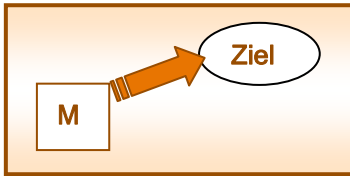


einem Grundmodul und weiteren thematischen Einzelmodulen zusammen, die in sich gekoppelt sind. Das Grundmodul könnte der Stadtpolitik einen Überblick über wichtige Entwicklungen in den Daseinsbereichen liefern (Stadtentwicklungsmonitoring), während thematische Module das Grundmodul durch Detailinformationen zur Entwicklung in den verschiedenen Lebensbereichen vertiefen und ergänzen.

Der Vorteil dieser Ausrichtung liegt in der systematischen Vorgehensweise, ein Nachteil in der möglicherweise geringen Steuerungsfähigkeit der Einzelmodule.

Eine weitere Ausbaumöglichkeit liegt in der **Funktionsschärfung** der Monitoringansätze. Über die Primärfunktionen hinaus soll ein Monitoring in der Praxis - und darin besteht u. a. auch der Bedeutungszuwachs dieser Berichtsmethode - Cont-

rolling- und Evaluationsfunktion wahrnehmen. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, sind nicht nur klar definierte Zielvorgaben vonnöten, sondern auch Ziele, die in ihrer Implementierung messbar sind. Nur so sind Überwachung und Überprüfung, sind Zielerreichungs- oder Wirkungskontrollen möglich.



Welche Weiterentwicklung und Ausrichtung die Monitorings haben werden, hängt in starkem Maße davon ab, welche Führungs- und / oder Steuerungsphilosophie die politisch-administrative Elite vertritt.

Ob das von Experten vorhergesagte Muss zur interkommunalen Zusammenarbeit Wirklichkeit werden wird, ist schwer abzuschätzen. Hinter diesem „Zusammenschluss“ steht die Vorstellung, dass Aufgaben durch überörtliche Konzepte und Abstimmungen erfolgreicher und wirtschaftlicher wahrgenommen werden können und vorhandene Potenziale zum Vorteil aller beteiligten Kommunen gebündelt, administrative und wirtschaftliche Vorteile genutzt und Professionalität erhöht werden können.

Eine solche Kooperation pflegt das Amt schon seit Jahren mit den verschiedenen Fachämtern und Dezernaten der Verwaltung. Auch mit externen Institutionen wie Deutscher Städtetag, Verband Deutscher Städtestatistiker oder Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung werden Aufgaben gemeinsam angegangen und abgestimmt. Zukünftig wird sowohl eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Städten im Rhein-Main-Gebiet als auch eine Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Lokalpolitik und Amt angestrebt.

Insgesamt scheint der Eindruck zu bestehen, dass die kommunalen Strukturen durch den **Ökonomisierungsdruck** effizienter geworden sind. Monitoringansätze bieten dabei wichtige methodische und informative Grundlagen für die Neuausrichtung und strategische Steuerung von politisch-administrativem Handeln. Ob die damit einhergehende Systematisierung, Transparenz und Rationalisierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen - wie gesagt - tatsächlich realisiert werden, hängt in hohem Maße von den jeweiligen Akteursgruppen, ihren Vorstellungen und äußeren Rahmenbedingungen ab.

↳ Administrative bzw. amtsspezifische Situation

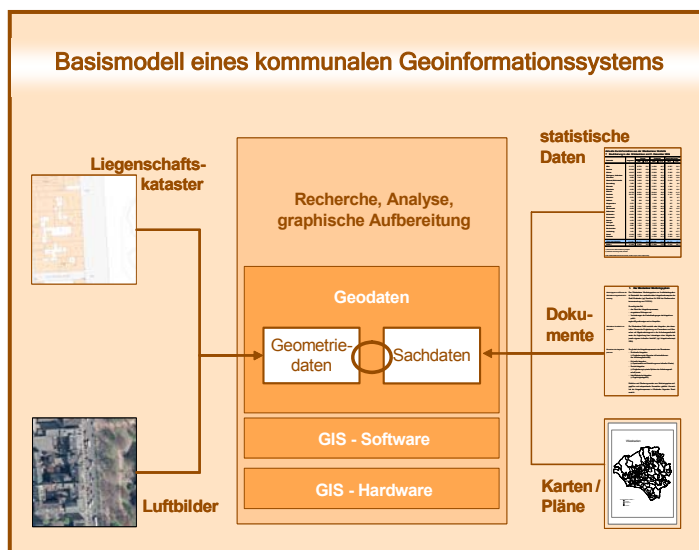
Herausforderungen an einen Informations- und Wissensdienstleister, wie es das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung darstellt, ergeben sich vor allem für die Informationsaufbereitung, die Informations- und Wissensdarstellung sowie ihre Verbreitung. Es gilt die neuen informations- und kommunikationstechnologischen Möglichkeiten vermehrt zu nutzen.

Schon heute werden statistische Grundinformationen und Untersuchungsergebnisse zu aktuellen Fragestellungen im Intra- bzw. im Internet den verschiedenen Akteuren und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Auch der Bereich Wahlen ist mit der Dokumentation der Ergebnisse zu den verschiedenen Wahlarten und Parlamentsebenen im Internet gut aufgestellt.

In Anbetracht der Informationsflut und der begrenzten Aufnahmefähigkeit sind Bündelungs- und Komprimierungsmöglichkeiten anzustreben. Dies kann z. B. durch die Veranschaulichung mittels Grafiken und / oder thematischer Karten geschehen. Letztendlich geht es um die Verortung und Visualisierung von Sachinformationen in einem variablen, kleinteiligen Raumbezugssystem sowie um die Durchführung raumbezogener Analysen.

Diesen Anforderungen an ein modernes statistisches Kommunal- und Regionalinformationssystem wird am ehesten ein „Geographisches Informationssystem“ (GIS) gerecht.

► **Geographische Informationssysteme** bieten dem Anwender die Möglichkeit, mit Hilfe eines DV-gestützten Instrumentariums Sach- und Geometriedaten in ihren komplexen, logisch-inhaltlichen und räumlichen Zusammenhängen zu erfassen und zu verwalten.



Dabei werden Sachdaten, die neben ihrer inhaltlichen und zeitlichen Dimension auch eine räumliche in sich tragen, mit Geometriedaten verknüpft. Letztere bilden den räumlichen Bezugspunkt und somit die Basis der Systeme. Hierzu eignen sich besonders die amtlichen Lie-

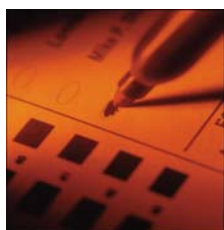
genschaftskataster der Vermessungsämter, in denen alle Grundstücke und Adressen dokumentiert sind.

Die Verknüpfung von Sach- und Geometriedaten zu so genannten Geodaten geschieht auf verschiedenen Ebenen. Eine erste, noch punktuelle Zuordnung und Verdichtung von Informationen über Personen und Wohnungen ist mittels Straßenschlüssel und Hausnummer durchführbar. In Kombination mit weiteren Daten (Straßenbreite, Lärmbelastigung etc.) kann der Anwender lineare Informationsträger in Form von Straßenabschnitten, Straßen und Straßenzügen generieren. Auf einer höheren Ebene der kleinräumigen Gliederung ist dies auch in einer flächenhaften Ausdehnung möglich, deren Grenzen sich an städtischen Teilräumen wie Ortsbezirken, Planungsräumen, Wahlbezirken oder Baublöcken orientieren können.

Geographische Informationssysteme verleihen statistischen Daten durch Herausstellung ihres räumlichen Bezugs eine neue Dimension und einen höheren Informationswert. Die aggregierten Geodaten können bedarfsgerecht analysiert und recherchiert werden. Außerdem bietet ein GIS vielfältige Möglichkeiten, die Analysen kundenorientiert aufzubereiten und deren Ergebnisse graphisch anschaulich zu präsentieren. Statistische Sachverhalte können dabei gewissermaßen „auf Knopfdruck“ visualisiert werden.

Geographische Informationssysteme sind in der Lage, Fachdaten verschiedener Bereiche (z. B. Verwaltung, Bauleitplanung, Statistik, Umwelt) ämterübergreifend vorzuhalten und aktuelle passgenaue Abrufe maßgeblicher Daten und Informationen zu gewährleisten. Damit kann ein GIS die Aufgabe erfüllen, kommunale Entscheidungsprozesse mit raumbezogenen Informationen zu unterstützen.

Auch im Bereich der **Organisation von Wahlen** ist der Einzug neuer technologischer Möglichkeiten nicht aufzuhalten. So werden einerseits Untersuchungen zu einem generellen ► **„Online-Voting“** angestellt, zum anderen technische Hilfsmittel entwickelt, die den Wahlvorgang bzw. die Ergebnisermittlung beschleunigen können. Unterschiedliche elektronische Wahlgeräte sind auf dem Markt, deren Gebrauchswert es für die Wiesbadener Verhältnisse einzuschätzen gilt.



Eines dieser Geräte stellt der so genannte ► **digitale Wahlstift** dar. Es handelt sich dabei um einen Stift, der neben dem Kugelschreiber eine kleine Kamera enthält, so dass der Stift mit Hilfe einer kaum sichtbaren Rasterung die Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel erfasst und speichert. Die so aufgenommenen Daten werden im Wahllokal auf einen PC übertragen.

Die öffentliche Auszählung der anonymisiert gespeicherten Stimmen erfolgt mit Hilfe des Personalcomputers. Anders als bei sonstigen Wahlgeräten oder der Internetwahl bleiben weiterhin Stimmzettel als Papierbeleg zu Kontrollzwecken erhalten. Ein weiterer Vorteil des digitalen Stifts in Verbindung mit einem Personalcomputer ist die mögliche Vernetzung der Wahllokale. Damit könnte das Papierwählerverzeichnis durch ein Online geführtes Wählerverzeichnis abgelöst werden und die Wahlberechtigten hätten somit die Möglichkeit ohne Wahlschein in einem beliebigen Wahllokal ihres Wahlkreises zu wählen.



Last but not least werden sich die zukünftigen (höheren) Anforderungen auch auf das Qualifikationsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes auswirken. Flexibilität ist angesagt, die Fachkompetenz muss hohen Qualitätsstandards entsprechen und bei der Anwendung von informationstechnischem wie methodischem Knowhow sind innovative Ansätze gefragt.

Zusammenfassend könnte der sich abzeichnende Weg, die strategische Ausrichtung der Geschäftsfelder des Amtes folgendermaßen umschrieben werden:

- ▶ Von stadtforscherischen Einzelberichten zur strategischen Steuerungsunterstützung.
- ▶ Vom Informationsmanagement zu Management-Informationen.
- ▶ Von Kundenbefragungen zur kommunalen Markt- und Beteiligungsforschung.
- ▶ Von informationstechnischen Einzellösungen zu IT-Anwendungen im Verbund.